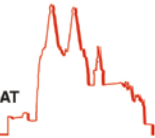




CDU REGIONALRAT
KÖLN



**Freie
Demokraten**
Fraktion im
Regionalrat Köln **FDP**

im Regionalrat Köln

An den Vorsitzenden
des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
Herrn Rainer Deppe MdL

Fraktionsvorsitzender
Stefan Götz, CDU

Tel.: 0221/ 1395446 Telefax: 0221/ 1395451
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Gerhard Neitzke
Tel.: 0221/ 1301507 Telefax: 02273/ 914794
E-Mail: info@spd-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Rolf Beu, DIE GRÜNEN
Tel.: 0221/ 9912266 Telefax: 0221/ 9912267
E-Mail: gruene.regionalrat-koeln@netcologne.de

Fraktionsvorsitzender
Reinhold Müller, FDP
Tel.: 0221 / 253726
E-Mail: info@fdp-regionalrat-koeln.de

Köln, 21. September 2016

10. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 23. September 2016
hier: Antrag gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Deppe,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates Köln am 23. September 2016 aufzunehmen:

Kein Umzug der Bonner Ministerien nach Berlin!
Bonn-Berlin-Gesetz muss Gültigkeit behalten!

Der Regionalrat Köln unterstützt

die im Landtag von NRW verabschiedete Resolution „**Berlin/Bonn-Gesetz im Interesse von Bund, Land und Region nachhaltig realisieren: die Bundesstadt Bonn als Regierungs- und UN-Standort stärken**“, begrüßt das von der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler vorgestellte Positionspapier „**Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland**“ und unterstützt die gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung erhobenen Forderungen.

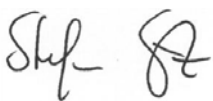
Begründung

Das Bonn-Berlin-Gesetz ist nicht nur für die weitere Entwicklung der Bundesstadt Bonn, sondern darüber hinaus für die gesamte Region von zentraler Bedeutung. Mit seinen direkten und indirekten Beschäftigungseffekten stellt der Bund in der Region rund 60.000 Arbeitsplätze. Er ist damit nach wie vor der größte und bedeutendste Arbeitgeber im Bonner Raum. Ein Umzug von Ministerien nach Berlin würde in der Region erhebliche negative Kettenreaktionen hervorrufen. Verluste von Arbeitsplätzen und Einwohnern, dementsprechender Rückgang von Kaufkraft, Leerstände und Wertverluste bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie eine Zunahme von Arbeitslosigkeit wären die unweigerliche Folge. Die – mit Hilfe von Bundesmitteln – erreichten Erfolge im Strukturwandel würden zunichte gemacht und wesentliche Grundlagen, auf denen sich die Zukunftsperspektiven der Region stützen, zerstört. Dies alles würde der Bund zu einem Preis erkaufen, der die öffentliche Verschuldung weiter in die Höhe treibt und die Steuerzahler zusätzlich belastet.

Nicht nur im Hinblick auf die Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln ist es von zentraler Bedeutung, mit dem Bonn-Berlin-Gesetz auch zukünftig eine verlässliche Planungsgrundlage zu haben.

Die Zentralisierungsbewegungen treffen inzwischen nicht nur die Region Bonn/Rhein-Sieg und damit Nordrhein-Westfalen, sondern auch andere Regionen und Bundesländer. Durch einen Umzug von Ministerien nach Berlin würde die Sogkraft, die von der Hauptstadt ausgeht, weiter zunehmen; immer mehr Standorte, Städte und Regionen in Deutschland würden in den Strudel der Verlagerung nach Berlin geraten und eigene Perspektiven verlieren. Es liegt daher nicht nur im Interesse von Nordrhein-Westfalen, sondern im Interesse aller Bundesländer und damit im gesamtstaatlichen Interesse, dass die föderative Balance gewahrt und die vielfältige Dezentralität Deutschlands nicht ausgehöhlt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)



Gerhard Neitzke
(Fraktionsvorsitzender)



Rolf Beu
(Fraktionsvorsitzender)



Reinhold Müller
(Fraktionsvorsitzender)